

Der dritte Abnehmerkreis für die SuisseID ist die öffentliche Verwaltung. In Zusammenarbeit mit dem ISB plant das SECO, auch diese Zielgruppe demnächst zu befragen. Die Studie «E-Government und Verwaltung» wird im Lauf des Jahres 2012 publiziert. □

Markus Pfister ist Leiter der Arbeitsgruppe Kommunikation des Trägervereins SuisseID. Die Geschäftsstelle des Vereins liegt zurzeit beim SECO, wo Markus Pfister im Bereich E-Government für KMU tätig ist.

www.SuisseID.ch

Identität, Vertrauen und Interoperabilität im Digital Single Market Europa



Jérôme Brugger.

mit Stork 2.0 ein Interoperabilitätsprojekt mit Schweizer Beteiligung.

Von Jérôme Brugger

Die EU-Kommissarin für die Digitale Agenda, Neelie Kroes, stellte unlängst fest, dass die verschiedenen E-Government-Lösungen in den europäischen Ländern aufgrund fehlender Interoperabilität neue digitale Grenzen aufgebaut hätten, wo doch die physischen Grenzen längst aufgehoben worden seien. Die fehlende Interoperabilität ist ein Hindernis auf zwischenstaatlicher Ebene, das auch vielfältige Tätigkeiten im privaten Sektor einschränkt.

Identität ist Voraussetzung für Vertrauen

Im elektronischen Geschäftsverkehr legt eine (rechts)sichere und bestätigte Identifikation, wie sie die SuisseID bietet, eine wichtige Grundlage für das Vertrauen in ein Gegenüber und damit auch für das Vertrauen in eine geschäftliche Transaktion mit diesem Gegenüber. Im Geschäftsalltag haben sich zwar unterschiedliche Praktiken und Hilfsmittel etabliert, wie E-Commerce-Angebote, die auch grenzüberschreitend ohne elektronische Identität (eID) funktionieren. Eine Vereinfachung und eine bessere Grundlage für die Vertrauensbeziehung der User wäre eine der nötigen Massnahmen, um weiteres Po-

tenzial für grenzüberschreitenden Internethandel zu nutzen.

E-Government braucht Identifikation

Während sich E-Commerce-Anwendungen mit pragmatischen Lösungen behelfen können, ist die rechtsgültige Identifikation für einige E-Government-Transaktionen zwingende Voraussetzung. In diesen Fällen werden Firmen und Privatpersonen von grenzüberschreitenden elektronischen Transaktionen mit Behörden ausgeschlossen, die im besten Fall grossen Effizienzgewinn für sie und die Verwaltungen bedeuten würden. Nicht nur technische Hindernisse verunmöglichen dies, auch die Gesetzeslage muss eine rechtsgültige Authentifizierung anhand einer ausländischen eID zulassen.

EU hat den politischen Willen

Die Herausforderungen für eine umfassende Bearbeitung der rechtlichen, technischen, wirtschaftlichen, psychologischen und kulturellen Aspekte im Querschnittsthema eID sind gross. Innerhalb der EU besteht aber ein klarer politischer Wille, diese Fragestellungen anzugehen und den gemeinsamen Wirtschaftsraum auch zu einem Digital Single Market (DSM) zu machen. Dies ist ein Hauptziel der Digitalen Agenda 2020, des Aktionsplans der EU für die Informationsgesellschaft. Vom DSM verspricht sich die EU einen Wachstumsimpuls von 4 Prozent des BIP (gemäss Berechnungen des European Policy Center, www.epc.eu). Auch die Schweiz hat die Bedeutung von Interoperabilität erkannt, für die Akzeptanz der eigenen eID wie auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft. In der aktuellen Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft Schweiz wird unter dem Kapitel Wirtschaft die Harmonisierung der grenzüberschreitenden Produkte und Dienstleistungen als Handlungsschwerpunkt des Bundes formuliert.

Vielfältige Initiativen in Europa

Über die Forschungsförderungsprogramme der EU wurden und werden Pilotprojekte (Large Scale Pilots) im Umfang von 130 Mio. Euro gefördert, die grenzüberschreitende Aktivitäten im Bereich der elektronischen Patientendossiers (epSOS), der öffentlichen Beschaffung (PEPPOL), der Behördendienstleistungen (SPOCS) und der Rechtssysteme (e-CODEX) entwickeln sollen. Die Frage der Interoperabilität der verschiedenen nationalen eID-Lösungen wurde im Rahmen des Stork-Projektes bearbeitet, in dem die technische Machbarkeit demonstriert wurde. Darauf aufbauend startet das Nachfolgeprojekt Stork 2.0, das in den kommenden drei Jahren neben der technischen Weiterentwicklung auch die rechtlichen Fragen bearbeitet und ein Konzept für die Vermarktung von Interoperabilität als Service konzipiert. Das SECO hat die Berner Fachhochschule (BFH) ermächtigt, die Schweiz in diesem Projektkonsortium mit 19 teilnehmenden Staaten zu vertreten.

Pilotbetriebe in zentralen Anwendungen

Kernstück von Stork 2.0 sind vier Pilotanwendungen in zentralen Bereichen mit hohem Nutzenpotenzial. Im Bereich E-Health wird grenzüberschreitend der sichere Zugriff auf elektronische Patientendossiers ermöglicht. Im Bereich Banking ist als einer der Use Cases die Onlineeröffnung eines Kontos mittels eID vorgesehen, also ohne dass sich der Bankkunde zwecks Überprüfung eines Ausweisdokumentes persönlich an den Schalter begeben muss. Bestehende E-Government-Portale sollen in einem weiteren Pilotprojekt auch ausländischen Firmen zugänglich gemacht werden, indem die Identifikation über eine eID aus einem anderen europäischen Land ermöglicht wird.

Identität erlaubt Bestätigung weiterer Attribute

Der vierte Pilotversuch für die Verwendung von eIDs an Hochschulen soll zeigen, dass auch weitere Attribute über nationale Grenzen hinweg ausgetauscht werden können. Damit wird der Mobilität von Studierenden in Europa Rechnung getragen. Nachweise über besuchte Lehrveranstaltungen oder Studienabschlüsse können mittels einer eID sicher und kontrolliert z.B. einem potentiellen Arbeitgeber im Rahmen eines Bewerbungsverfahrens zugänglich gemacht werden. Als Grundlage für die Umsetzung von Pilotanwendungen in der Schweiz wird zuerst die Infrastruktur aus Stork implementiert.

Akzeptanz und Nachhaltigkeit sind die Ziele

Die Europäische Kommission verfolgt mit Stork 2.0

mitunter das Ziel, dass die erarbeitete Lösung als Service angeboten werden kann und Aspekte des Marketings geklärt werden. Das sind Aufgaben, die im ersten Stork-Projekt nicht vorgesehen waren. Doch es genügt nicht, die Interoperabilität von eID den Serviceanbietern im E-Government- und E-Business-Bereich als Dienstleistung anzubieten, entscheidend wird sein, eine kritische Masse von Benutzerinnen und Benutzern von eID gewinnen zu können: ein Henne-Ei-Problem, das es zu lösen gilt.

Das Projekt trägt auch den unterschiedlichen Ausgangslagen in den europäischen Ländern Rechnung. Um die Nachhaltigkeit der Lösung sicherzustellen, wird die organisatorische Gestaltung als offenes Framework angestrebt, das zu einem späteren Zeitpunkt weitere eID-Lösungen integrieren kann. Das Projekt entwickelt so eine Architektur und eine Lösung zur Steuerung, die das Vertrauen in das System langfristig stützen sollen, und strebt für Stork die Rolle als De-facto-Standard an.

Vision wird schrittweise Realität

Die politische Vision der EU und die starke Unterstützung der Industrie in den Large Scale Pilots sowie in weiteren Initiativen und Projekten zum Thema zeigen, dass die Akteure die grundlegende Bedeutung erkannt haben, welche der eID für die Schaffung von Vertrauen im elektronischen Geschäftsverkehr zukommt. Sie glauben auch an das Wachstumspotenzial, das sich darin birgt. Die vernetzten wirtschaftlichen Aktivitäten und die Migration von Arbeitnehmern und Rentnern innerhalb des europäischen Raumes machen klar, dass der Effizienzgewinn sowohl im E-Government- als auch im E-Business-Bereich auf bestehenden Bedürfnissen basiert. Dass die Schweiz sich aktiv im Projekt Stork einbringt, ist ein wichtiger Schritt, um den Anschluss an den entstehenden digitalen Markt Europa zu realisieren. □



Jérôme Brugger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kompetenzzentrum Public Management und E-Government der Berner Fachhochschule.

www.wirtschaft.bfh.ch